



aktuell



www.svp-baar.ch

Entlasten statt belasten

Liebe Baarerinnen
Liebe Baarer

Die letzten Monate waren nicht nur für uns alle, sondern auch für die direkte Demokratie, ein Stresstest. Der Bundesrat regierte per Notrecht, die Frühlingssession des Bundesparlaments wurde abgebrochen, Urnenabstimmungen und Gemeindeversammlungen verschoben. Mittlerweile hat der Politbetrieb aber wieder Fahrt aufgenommen. Am 27. September kommt es zum «Super-Sunday», an welchem gleich fünf nationale Vorlagen an die Urne gelangen.

Ja zu höheren Kinderabzügen

Eine der Vorlagen ist die Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (DBG). Diese Gesetzesrevision sieht vor, dass Eltern künftig die effektiven Kosten für die Kinderdrittbetreuung bei der direkten Bundessteuer bis maximal 25'000 Franken pro Jahr und Kind vom Einkommen abziehen können. Heute liegt der Betrag bei 10'100 Franken. Weiter soll der allgemeine Kinderabzug von 6'500 Franken auf 10'000 Franken erhöht werden. Mit dieser Erhöhung des Kinderabzugs werden alle Familien – unabhängig vom gewählten Erziehungsmodell – entlastet. Eine willkommene Erleichterung in Zeiten, in denen die finanzielle Belastung der Familien durch steigende Krankenkassenprämien oder Mieten stetig zunimmt und ein grosser Teil der Bevölkerung mit den wirtschaftlichen

Folgen der Corona-Krise zu kämpfen hat. Steuer- und Gebührensenkungen sind per se ein probates Mittel um negativen wirtschaftlichen Entwicklungen entgegenzuwirken. So kann das Geld schneller wieder in den Wirtschaftskreislauf fliessen und die drohende Rezession bekämpft werden. Entlasten statt belasten, lautet deshalb der Leitsatz der SVP.

Nein zur gewerbefeindlichen Erhöhung der Parkgebühren

Dieser Leitsatz ist – im Gegensatz zum Regierungsrat, welcher dem Kantonsrat eine befristete Steuersenkung beantragt hat – leider nicht bis zum Baarer Gemeinderat durchgedrungen. Dieser plant unverständlicherweise eine Erhöhung der Parkgebühren. Das Parkieren im Dorfzentrum (in der sog. Kernzone) soll ab der ersten halben Stunde künftig doppelt so teuer sein wie heute. Mit dieser Gebührenerhöhung schadet der Gemeinderat dem einheimischen Gewerbe und belastet die Baarerinnen und Baarer zusätzlich in sowieso schon wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Die SVP lehnt diese Gebührenerhöhung ab und hat zu deren Bekämpfung eine Petition lanciert. Setzen auch Sie ein Zeichen gegen diese gewerbefeindliche Gebührenerhöhung des Gemeinderates und



unterschreiben Sie noch heute die Petition auf unserer Webseite svp-baar.ch.

95'000 Franken sind genug

Genauso unverständlich wie die Erhöhung der Parkgebühren ist die vom Gemeinderat angekündigte Überprüfung der Gemeinderatslöhne. Aktuell werden unsere Gemeinderäte für ihr 50-Prozent Pensum mit rund 95'000 Franken (inklusive Spesen) entschädigt. Der Lohn des Gemeindepräsidenten, welcher in einem 80-Prozent Pensum tätig ist, beträgt gar 151'000 Franken. Scheinbar nicht genug. Für die SVP steht fest: Wer für den Gemeinderat kandidiert, soll das zum Wohle der Gemeinde und nicht des Geldes wegen tun. Selbstverständlich soll das Amt fair entschädigt werden, aber 95'000 Franken für ein 50-Prozent Pensum sind genug. Die SVP lehnt eine Erhöhung der Gemeinderatslöhne deshalb entschieden ab.

Michael Riboni, Kantonsrat

Werden Sie SVP-Mitglied

Möchten Sie sich ebenfalls politisch engagieren? Werden Sie Mitglied der SVP Baar! Weitere Informationen finden Sie auf unserer Webseite www.svp-baar.ch oder wenden Sie sich an unseren **Präsidenten Adrian Rogger**: Tel. 079/ 797 12 69 oder a.rogger@bluewin.ch.

Alpenwind
Autospritzwerk

Gerd Winkler
Gewerbstrasse 3
6340 Baar-Blickensdorf
www.alpenwind.ch

Telefon +41 41 763 37 27
Telefax +41 41 763 37 28
Mobile +41 76 432 14 18
gwinkler@alpenwind.ch



Hinweis: Dies ist eine politische Publikation. Politische, gemeinnützige und amtliche Mitteilungen fallen nicht unter das Werbeverbot. Diese werden deshalb in alle Haushaltungen verteilt.

1.48 – Diese Zahl müssen Sie sich merken

Bevor ich mir jeweils eine Meinung über eine Abstimmungsvorlage bilde, betrachte ich die Ausgangslage. Allgemein ist es in der Politik wichtig, sich folgende Fragen zu stellen: Besteht tatsächlich ein Problem? Kann der Staat dieses lösen oder wäre es nicht besser und günstiger, wenn der Bürger das Problem eigenverantwortlich lösen würde?

Beim Vaterschaftsurlaub ist die wichtigste Zahl, die Sie kennen müssen «1.48». Dies entspricht nämlich der **durchschnittlichen**



Geburtenrate einer in der Schweiz ansässigen Frau im Jahre 2019. Eine Familie - bzw. der Mann - muss sich im Durchschnitt also 1.48-mal im Leben Gedanken darüber machen, ob er in diesem unglaublich speziellen Jahr der Niederkunft, seine Ferien nicht eher für die Familie einsetzen möchte, anstatt für's Vergnügen. Als junger Familienvater war es für mich selbstverständlich, dass ich nach der Geburt meiner Tochter für die Familie anwesend sein wollte. Dementsprechend plante ich zwei von meinen fünf

Wochen Ferien in diesem Zeitraum ein und ich persönlich kann dies jedem Mann empfehlen.

Für mich ist es völlig unverständlich, weshalb Mitte-Links einen staatlichen Vaterschaftsurlaub auf Kosten aller erzwingen möchte. Dieses Vorpreschen von staatlicher Überregulierung lässt verschiedenste Unternehmen eine defensive Haltung einnehmen. Warum sollten Unternehmen selbständig attraktive Angebote (dazu gehört z.B. auch ein bezahlter Vaterschaftsurlaub) den Mitarbeitern anbieten, wenn Mitte-Links ständig mit neuen staatlichen Vorschriften, finanziert über Steuergelder, alles regelt?

Bekanntlich gibt es ja nichts gratis. Folglich sollte man bei dieser Abstimmung auch beachten, dass der Vaterschaftsurlaub über **höhere Lohnabzüge** finanziert wird. Ich denke es sollte doch kein Problem sein, 1.48-mal im Leben die eigenen Ferien für die Familie einzusetzen. Der angenehme Nebeneffekt ist, dass ohne höhere Lohnabzüge auch mehr Geld für die Familie übrig bleibt. Aus diesen Gründen stimme ich als Familienvater überzeugt **Nein zum Vaterschaftsurlaub** und noch höheren Lohnabzügen.

Beni Riedi, Kantonsrat

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Volkspartei SVP Baar, Postfach 1607, 6341 Baar
Redaktion: Michael Riboni, Thomas Aeschi, Beni Riedi, Malaika Hug
Photos: zvg
Auflage: 13'500 Exemplare in alle Briefkästen der Gemeinde Baar verteilt
© 2020, SVP Baar Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Spenden:

Unterstützen Sie die SVP mit einer Spende, damit wir uns weiterhin für eine unabhängige und sichere Schweiz sowie für weniger Steuern, Gebühren und Abgaben einsetzen können. Besten Dank. Bankverbindung SVP Baar: Credit Suisse AG, Dorfstrasse 13, 6341 Baar; IBAN Nummer: CH81 0483 5094 0889 3100 0 oder via unseren TWINT Account: +41 79 940 95 09.



Ihr Partner bei

FIRMENGRÜNDUNG

Wir beraten Sie gerne und zeigen Ihnen die betrieblichen und steuerrechtlichen Vor- und Nachteile der einzelnen Gesellschaftsformen (Aktiengesellschaft, GmbH oder Einzelfirma)

- Buchhaltungen
- Steuerberatung
- Jahresabschlüsse
- Revisionen
- Personaladministration
- Vermögensverwaltung
- Unternehmensberatung
- Gesellschaftsgründungen



FIDURA TREUHAND AG
Gothardstrasse 20, CH-6300 Zug
Tel. +41 41 711 79 32, www.fidura.ch

Geschäftsleitung:
Dr. Hans Durrer, Verwaltungsrat
Roland Arnold, Eidg. dipl. Treuhandexperte

Es befremdet mich...

Es befremdet mich, wenn ich lesen muss, dass im Kanton Zürich am Nationalfeiertag auf die traditionelle Schweizer Flagge auf den Trams verzichtet wird, weil die Anbringung nicht mehr Suva-konform sei (wo ein Wille, da ein Weg). Wenn für den 1. August in Bern Kundgebungen gegen den Rütli Schwur und die Rolle der Schweiz im Allgemeinen geplant sind, da die Geschichte unserer Eidgenossenschaft auf Sklaverei und Unterdrückung basiere. Wenn Edelweisshemden und Chüehli-Gürtel in den Schulen verboten werden, da dies von anderen Nationalitäten als Provokation empfunden werden könnte. Wenn Schulen traditionelle Weihnachtslieder und -feiern aus dem Programm streichen, da Mitmenschen anderer Religionen sich damit nicht identifizieren können. Wenn Integration demzufolge bedeutet, dass wir unsere eigene kulturelle und religiöse Herkunft vollkommen abschwächen oder gar verleugnen müssen, dann kann ich nicht für diese Integration eintreten. Ich bin seit jeher patriotisch veranlagt und erachte es als eine Selbstverständlichkeit und ein absolutes Muss, unsere Traditionen und unsere Kultur zu leben und vor allem zu wahren. Es vermittelt ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und ist ausserdem identitätsstiftend, was gerade in der heutigen Zeit, in welcher immer mehr die Konturen verwischt werden, umso wichtiger ist.

Auch die immer tiefer greifende Einmischung unseres Staates in unsere privaten Freiheiten und Persönlichkeitsrechte sind besorgniserregend. So gelangt man bei einer allfälligen Urteilsunfähigkeit automatisch in die Mühlen des Staates und erhält einen Beistand von der KESB, es sei denn, man hat sich wohlweislich bereits im Vorhinein mittels eines Vorsorgeauftrages entsprechend abgesichert. Des Weiteren stört es mich gewaltig, dass eine «linke» Kuscheljustiz dazu geführt hat, dass heute in allen Bereichen fast immer der Täter und nicht das Opfer geschützt wird. Es wird generell zu lasch mit Straftätern umgegangen. Alleine die Tatsache, dass ein in Ausschaffungshaft sitzender Serientäter auf freien Fuss gesetzt wird, weil er aufgrund von Corona nicht ausgeschafft werden kann, ist mir unverständlich. Es gäbe keine rechtliche Grundlage, ihn länger einzusperren. Ist ein Landesverweis nicht rechtliche Grundlage genug? Gerade die Corona-Pandemie hat uns mehr als deutlich vor Augen geführt, dass im Krisenfall jedes Land erst einmal für sich selbst schaut. Daher gilt es umso mehr, zuerst das eigene Land und die eigene Bevölkerung zu stärken.



All diese Beispiele, gekoppelt mit persönlichen Erfahrungen durch Behörden und Institutionen, dem Älterwerden, meiner zweiten Heirat, dem stolzen Muttersein zweier schulpflichtiger Buben und anderen prägenden Erlebnissen, haben meinen Blick auf Abläufe und Geschehnisse unseres Rechtsstaats und unserer Politik im Laufe der Zeit stark beeinflusst. Darüber hinaus interessiere ich mich sehr für Finanzen, Recht und Wirtschaftlichkeit. Zu guter Letzt hat sich mein persönliches Umfeld ebenfalls gewandelt. Nein, ich kann mich schon längst nicht mehr mit linker Politik identifizieren, sondern möchte mit der SVP für eine sichere, traditionsreiche, finanzstarke und unabhängige Schweiz eintreten.

Malaika Hug, alt Kantonsrätin

Anmerkung der Redaktion: Malaika Hug politisierte von 2003 bis 2006 für die SP im Zuger Kantonsrat. Seit verganginem Jahr ist sie Mitglied der SVP Baar.



Ofen- und Cheminéebau
Plattenbeläge
Natursteinarbeiten

PATRIK LANGENEGGER AG

6340 Baar, Telefon 041 761 33 12, www.patriklangenegger.ch



REISI
Service AG

Unterhalt und Reparatur von schweren & leichten Nutzfahrzeugen sowie Personenwagen aller Marken

www.risiserviceag.ch Tel 041 766 99 55

Ja für eine massvolle Zuwanderung

Am 27. September 2020 stimmen wir über die Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)» ab. Die Schweiz soll wieder selber entscheiden können, welche und wie viele Arbeitskräfte sie aufnehmen will.



Seit der Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahre 2007 hat die **Bevölkerung der Schweiz** allein wegen der Zuwanderung **um eine Million Ausländer zugenommen**. Das entspricht in etwa dem Kanton Bern. In der gleichen Periode hat das BIP pro Kopf stagniert – die **breite Bevölkerung profitiert also nicht von der Personenfreizügigkeit**. Gleichzeitig hat sich auch die **Nivellierung des Schweizerischen Lohnniveaus nach unten** akzentuiert. Eine Studie des Zürcher Amts für Wirtschaft und Arbeit zeigt, dass **nur jeder fünfte Zuwanderer in einem Beruf mit Fachkräftemangel arbeitet**. Die erdrückende Mehrheit der Zugewanderten arbeitet in Berufen, in denen genügend einheimische Bewerber vorhanden wären. Doch **viele EU-Einwanderer sind bereit, unter dem Schweizer Durchschnittslohn zu arbeiten**. Weil sie somit günstiger sind, werden sie auf dem Arbeitsmarkt bevorzugt.

Seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2007 hat die Schweiz die Steuerungsmöglichkeiten der Einwanderung aus der Hand gegeben. Seither bestimmen nicht mehr wir selbst, wer

in die Schweiz kommen darf, denn alle EU-Ausländer haben heute grundsätzlich das Recht, samt Familie und völlig unabhängig von Ausbildung oder Qualifikationen in die Schweiz einzuwandern. Die Schweiz ist wegen ihres hohen Lohnniveaus, der herausragenden Lebensqualität und den ausgebauten Sozialleistungen ein Magnet für viele Zuwanderer. Diese Masse an Ausländern in so kurzer Zeit stellt eine **enorme Belastung** für unsere Heimat, Infrastruktur, Integrationsfähigkeit, Umwelt und Sozialwerke dar. Bei der **Arbeitslosenkasse** lag der **Ausländeranteil** im Juni 2020 bei **46%**, während der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung bei rund 25% liegt. Bei der **Sozialhilfe** sind **sechs von zehn Bezüchern Ausländer**.

Aus diesen Gründen gilt es **den Rechtsanspruch auf Zuwanderung zu beseitigen**, denn die Schweiz kann jederzeit einseitig Arbeitskräfte ins Land holen, wie sie dies bei Personen, die von ausserhalb der EU kommen, seit Jahrzehnten tut. Mit der Annahme der «Begrenzungsinitiative» kann das **Schweizervolk die Zuwanderung wieder selbstständig steuern**. Ein Ja zur Begrenzungsinitiative ist ein **Ja für eine massvolle Zuwanderung**.

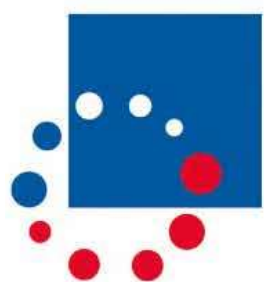
Thomas Aeschi, Nationalrat und Fraktionspräsident SVP Schweiz

Volksabstimmung vom 27. September 2020

Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)»	Ja
Änderung des Bundesgesetzes über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (Jagdgesetz)	Ja
Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten)	Ja
Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerbssersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – Zum Nutzen der ganzen Familie»)	Nein
Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge	Ja

www.svp-baar.ch

 **Liken und folgen Sie uns auf Facebook**
facebook.com/SVPBaar/



STEINMANN

HAUSTECHNIK

SANITÄR - HEIZUNG

Ausführung und Planung in der Haustechnik
Sanitär - Heizung - Wärmepumpen - Solaranlagen
 Umbau und Service in Bad und Küche